BERLIN DEPESCHE

9. Jahrgang • Nr. 57 Januar 2010

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

INTERVIEW

2 „Wir werden der Regierung nichts durchgehen lassen“ - Ein Gespräch mit Martin Dörmann zur Oppositionsrolle der SPD-Bundestagsfraktion

HOMEPAGE

3 Neu eingestellt: Register und Jahrbuch 2009, Bilanz 2005-2009, Parlamentsdokumentation

WAHLKREIS

3 SPD-Neujahrsempfang mit Hannelore Kraft

3 SPD trauert um Horst Winkler

KÖLN

4 Das Kandidatenteam der Kölner SPD zur Landtagswahl am 9. Mai 2010

BUNDESTAG

6 Martin Dörmann weiterhin im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

6 Fragen an Martin Dörmann zum Zugangs-erschwerungsgesetz (Internetsperren)

8 SPD für Änderung des ZDF-Staatsvertrages

9 Pakt für Studienqualität und gute Lehre

10 Das schwarz-gelbe Schuldenaufbaugesetz

11 FDP blockiert Mindestlohn

12 Umbau der Jobcenter verantwortungslos

12 SPD: Zuschläge steuerfrei lassen

13 SPD fordert klares Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer

13 Parlament untersucht Vorfall im Kundus

14 Afghanistanmandat ISAF verlängert

14 SPD stimmt gegen Fortsetzung von OEF

EUROPA

15 Der Vertrag von Lissabon

16 Die Kandidaten für die neue EU-Kommission

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

17 Vorgestellt: Gernot Erler

INFOS UND IMPRESSUM

18 Sitzungswochen, Arbeitsschwerpunkte, Büros, Impressum

SPD-Neujahrsempfang mit Hannelore Kraft

Am 21. Januar kommt die SPD Landesvorsitzende nach Porz (Seite 3)

Interview mit Martin Dörmann

Ein Gespräch zur neuen Oppositionsrolle der SPD-Bundestagsfraktion auf Seite 2

Mitgliederausgabe • Redaktionsschluss: 22.12.2009

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

„Wir werden der Regierung nichts durchgehen lassen“

Ein Gespräch zur neuen Oppositionsrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD musste am 27. September ihr schlechtestes Bundestagswahlergebnis verkraften. Wie hat man das als SPD-Abgeordneter empfunden?

Das Ergebnis war zunächst einmal für uns alle ein Schock. Ich kann mich nicht erinnern, je so deprimiert nach Berlin gefahren zu sein wie zwei Tage nach der Wahl.

Die SPD-Fraktion hat rund ein Drittel ihrer Größe verloren. Viele Kolleginnen und Kollegen sowie deren Mitarbeiter sind ausgeschieden. Das hat mich schon traurig gestimmt. Gleichzeitig ist mir noch einmal sehr bewusst geworden, wie emotional ich doch an meiner Partei hänge.

Wie ist es nun, drei Monate später?

Der Schock war eigentlich schon nach wenigen Wochen einigermaßen überwunden. Es gab von Anfang an viel zu tun: ich habe in Berlin ein neues Büro bezogen, zwei Mitarbeiter eingestellt und neue Aufgaben bekommen. Nach und nach hat sich erst einmal alles sortieren müssen.

Ich denke, wir haben eine sehr spannende Wahlperiode vor uns, auf die ich mich sogar freue. Gerade das schlechte Wahlergebnis empfinde ich als hohe Motivation.

Ist Opposition nicht „Mist“, wie Franz Müntefering einmal gesagt hat?

Natürlich wären wir lieber in der Regierung geblieben. Aber man muss realistisch sein. Hätte die SPD nur wenige Prozent besser abgeschnitten und wäre als reichlich dezimierte Fraktion erneut in der Großen Koalition gelandet – das hätte die Partei wohl nur sehr schwer ausgehalten. Jetzt spüre ich allenthalben sogar eine gewisse Aufbruchstimmung. Die nächsten vier Jahre sind eine gute Gelegenheit, sozialdemokratisches Profil wieder zu schärfen. Und was das Thema Opposition angeht: ich war schon immer der Auffassung, dass auch die Opposition eine ganz wichtige Aufgabe in unserer Demokratie hat. Das gehe ich mit Elan an.

Was ist anders geworden?

Als Abgeordneter in einer Regierungsfraktion ist man ständig in einem Dilemma. Man muss sich bei Einzelfragen oft sehr zurücknehmen, um die Mehrheit insgesamt nicht zu gefährden. Als Oppositionspolitiker lerne ich gerade den Parlamentarismus von einer ganz anderen Seite kennen. Da kann man halt die Regierung sehr frontal angehen, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben. In dieser Hinsicht hat der einzelne Abgeordnete in der Opposition sogar ein größeres Gewicht, weil seine Rolle als Kontrolleur der Regierung stärker zum Tragen kommen kann.

Also ist Opposition am Ende der Regierung vorzuziehen?

Nein, das natürlich nicht. Es wäre schon schöner, man könnte persönlich auf Gesetze stärker Einfluss nehmen, wie dies für mich in meinem Fachbereich ja durchaus möglich war. Schließlich macht man Politik, um etwas für die Menschen zu bewegen. Wenn ich nun sehe, wie dilettantisch und klientelbezogen die neue Regierung agiert – da kann ich mich schon ärgern, dass gerade wir abgewählt wurden. Wo doch unsere Minister den besseren Job gemacht haben. Und die FDP eines ganz gewiss nicht hat, nämlich Wirtschaftskompetenz. Die jüngere Generation darf doch deren Wahlgeschenke später abbezahlen.

Aber ich sage mal so: elf Jahre SPD-Regierung, vier Jahre Opposition – wenn es bei diesem Rhythmus bliebe, hätte ich nichts dagegen.

Wie ist das Verhältnis zu den Abgeordneten der schwarz-gelben Mehrheit?

Es hat sich im persönlichen Umgang gar nicht so viel geändert, auch wenn die Arbeitszusammenhänge und Rollen gewechselt haben. Unter den Abgeordneten herrscht in der Regel ein sehr kollegiales Verhältnis, auch unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Das habe ich schon immer sehr geschätzt. Alle Abgeordneten arbeiten auf einem hohen Niveau, das prägt das Miteinander. Natürlich streitet man in der Sache. Mir ist dabei aber wichtig, immer fair zu bleiben und nicht persönlich zu werden.

Was sind die nächsten Baustellen für die SPD?

Im Bundestag haben wir schnell die Oppositionsrolle angenommen. Wir werden der Regierung nichts durchgehen lassen. Da akzeptiert die Medienöffentlichkeit kein langes Abwarten. Inhaltlich und organisatorisch brauchen wir wohl noch ein paar Wochen, bis wir optimal aufgestellt sind.

Die Partei steht sicher vor einem etwas längeren Prozess der Erneuerung. Das neue Fünf-Parteien-System stellt gerade die SPD vor große Herausforderungen. Entscheidend ist dabei nicht, wie schnell sondern wie gut und nachhaltig es uns gelingt, neues Vertrauen aufzubauen.

HOMEPAGE

Neu eingestellt auf der Homepage www.martin-doermann.de

Thematisch gegliederte Auflistung der Berlin Depesche-Artikel 2009

Dokumentation über die Arbeit als Bundestagsabgeordneter im Jahr 2009

Dokumentation der Arbeit als Abgeordneter in der 16. Wahlperiode

Neben den oben stehenden Broschüren ist auch eine Parlamentsdokumentation mit den **Reden und Initiativen von Martin Dörmann** in der abgelaufenen **16. Wahlperiode** eingestellt. Insgesamt sind dort beispielsweise 24 **Bundestagsreden** aufgelistet.

WAHLKREIS

Neujahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

Gastrednerin:

Hannelore Kraft, MdL

Vorsitzende der SPD in NRW

Donnerstag, 21. Januar 2010, 19:00 Uhr

(Einlass: 18:00 Uhr)
Bezirksrathaus Porz, Rathaussaal,
Friedrich-Ebert-Ufer 64-70, 51143 Köln-Porz

SPD trauert um Horst Winkler

Am 8. Dezember ist das ehemalige SPD-Ratsmitglied **Horst Winkler** im Alter von 82. Jahren verstorben. Sein Tod löste große Betroffenheit und Trauer unter denen aus, die ihn kannten. Der „Poller Jung“, der am 11.11. Geburtstag hatte, war überall als ein lebensfroher und immer hilfsbereiter Mensch bekannt und beliebt.

Horst Winkler war von 1978 bis 1994 Mitglied des Rates. Er war u.a. Mitglied im Grün- und im Sportausschuss sowie im Vergabeausschuss. Von 1975 bis 1978 vertrat er seinen Stadtteil Poll in der Bezirksvertretung Porz. Zudem war er lange Jahre bei der AWO aktiv. Mit ihm verliert die Kölner SPD einen besonderen Menschen. Unsere Gedanken sind bei seiner Frau **Ellen** und ihrer Familie.

KÖLN

Das Kandidatenteam der Kölner SPD zur Landtagswahl 2009

Landtagswahlkreis		SPD-Kandidat/in
13 Köln I	Rodenkirchen, südliche Innenstadt	Ingrid Hack
14 Köln II	Lindenthal	Lisa Steinmann
15 Köln III	Ehrenfeld, Nippes, Bilderstöckchen	Martin Börschel
16 Köln IV	Chorweiler, Riehl, Niehl, Weidenpesch, Longerich, Mauenheim	Tayfun Keltek
17 Köln V	Porz, Merheim, Brück, Rath/Heumar	Jochen Ott
18 Köln VI	Kalk, Vingst, Höhenberg, Ostheim, Neubrück, Humboldt/Gremberg, nördliche Innenstadt	Stephan Gatter
19 Köln VII	Mülheim	Marc Jan Eumann

Martin Börschel

Ehrenfeld, Nippes, Bilderstöckchen (LWK 15 Köln III)

- Geboren am 28. November 1972 in Köln; verheiratet, eine Tochter.
- Studium der Rechtswissenschaften mit Abschluss 2. Staatsexamen.
- Selbstständiger Rechtsanwalt.
- Seit 1990 Mitglied der SPD.
- Seit 1999 Mitglied des Rates der Stadt Köln.
- Seit 2002 Vorsitzender der Kölner SPD Ratsfraktion.
- Seit 2005 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen.
- Vorsitzender im Unterausschuss "Personal" im Haushalts- und Finanzausschuss.
- Ordentl. Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss & Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform.
- Homepage:

  www.martin-boerschel.de

Marc Jan Eumann

Stadtbezirk Mülheim (LWK 19 Köln VII)

- Geboren am 26. Februar 1966 in Hamburg; verheiratet, drei Töchter.
- Studium der Geschichte und des Völkerrechts.
- Referatsleiter der NRW Regierung (zur Zeit beurlaubt).
- Seit 1987 Mitglied der SPD.
- Seit 1995 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen.
- Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.
- Ordentl. Mitglied im Hauptausschuss, Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, Ältestenrat & Ständiger Ausschuss gemäß Artikel 40 der Landesverfassung.
- Homepage:

  www.eumann.de

Stephan Gatter

Kalk, Vingst, Höhenberg, Ostheim, Neubrück, Humboldt/Gremberg, nördl. Innenstadt (LWK 18 Köln VI)

- Geboren am 9. Oktober 1955 in Gotha/Thüringen; verheiratet.
- Studium der Medizinischen Informatik, Geschichte und Ev. Theologie.
- Betriebsratsvorsitzender der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH.
- Seit 1975 Mitglied der SPD.
- Seit 2000 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen.
- Sprecher des Ausschuss für Haushaltskontrolle & des parlamentarischen Untersuchungsausschuss II.
- Ordentl. Mitglied u.a. im Ausschuss für Haushaltskontrolle & Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.
- Homepage:

  www.stephangatter.de

Ingrid Hack

Rodenkirchen, südliche Innenstadt (LWK 13 Köln I)

- Geboren am 28. Juli 1964 in Köln.
- Studium der Germanistik, Geschichte und Politologie.
- Geschäftsführerin des Unterbezirks Köln der SPD (a.D.).
- Seit 1989 Mitglied der SPD.
- stellv. Vorsitzende der AWO Kreisverband Köln und Vorsitzende des Vereins Kindernöte e.V.
- Seit 2005 Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen.
- Ordentl. Mitglied Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, Kulturausschuss & Enquetekommission "Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten."
- Stv. Mitglied im Ausschuss für Schule und Weiterbildung.
- Homepage: **www.ingrid-hack.de**

Tayfun Keltek

Chorweiler, Riehl, Niehl, Weidenpesch, Longerich, Mauenheim (LWK 16 Köln IV)

- Geboren 1947 in Koyulhisar, Türkei.
- Studium der Sportwissenschaften.
- Diplomsportlehrer.
- Seit 1985 Mitglied der SPD.
- Mitgründer und Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW.
- Seit 2001 Vorstandsmitglied des SPD-Unterbezirkes Köln.
- Seit 2001 Mitglied des Migrationsrates des Landesvorstandes SPDNRW.
- Seit 2003 Mitglied des Landespräventionsrates NRW und des WDR-Rundfunkrats.
- Homepage: **www.tayfun-keltek.de**

Jochen Ott

Porz, Merheim, Brück, Rath/Heumar (LWK 17 Köln V)

- Geboren am 9. Mai 1974 in Köln.
- Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften.
- Studienrat an der Gesamtschule Brühl.
- Seit 1992 Mitglied der SPD.
- Seit 2001 Vorsitzender der Köln SPD.
- Seit 2004 Mitglied des Präsidiums der NRWSPD.
- Seit 2004 Mitglied des Rates der Stadt Köln.
- Seit 2008 stellvertretender Landesvorsitzender der NRWSPD
- Homepage: **www.jochen-ott.de**

Lisa Steinmann

Stadtbezirk Lindenthal (LWK 14 Köln II)

- Geboren 1966 in Köln.
- Studium Regionalwissenschaften Lateinamerika.
- Selbständige Veranstaltungskauffrau
- Seit 2000 Mitglied der SPD.
- Ehrenamtliche Tätigkeiten bei ‚Interkulturelles Coaching' (Integrationsbegleitung, Dolmetschen & Übersetzungen) und ‚Teamer gegen Rassismus' (Durchführung von Bildungsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus & Rassismus).
- Seit 2004 Mitglied der Bezirksvertretung Lindenthal, Köln (Fraktionsvorsitzende) .
- Seit 2009 Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Soziales & Senioren.
- Homepage: **www.lisa-steinmann.de**

Martin Dörmann wieder im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Arbeitsschwerpunkte Wirtschaft und Medien

Am 1. Dezember wurde **Martin Dörmann** mit einem guten Ergebnis im 1. Wahlgang erneut als Beisitzer in den Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gewählt. Weiterer Vertreter aus der Region Mittelrhein ist der Bonner Abgeordnete **Ulrich Kelber**, der bereits in den Vorwochen als stellvertretender Fraktionsvorsitzender bestätigt wurde.

Wie in der vergangenen Wahlperiode liegen die thematischen Schwerpunkte von Martin Dörmann in den Bereichen Wirtschaft und Medien. Als stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses sowie als medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion hat er dort neue Aufgaben übernommen. Weitere Funktionen und Mitgliedschaften: siehe letzte Seite.

Ausschussvorsitzender Eduard Oswald und sein Stellvertreter Martin Dörmann

Die SPD-Position zu Internetsperren

Fragen an Martin Dörmann, MdB

Martin Dörmann ist medienpolitischer Sprecher und zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie für das Zugangserschwerungsgesetz

„Wir wollen die netzpolitische Debatte wieder vom Kopf auf die Füße stellen“

Warum die SPD eine Aufhebung des Zugangserschwerungsgesetzes fordert

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich für eine Aufhebung des Zugangserschwerungsgesetzes ausgesprochen, das die Sperrung von Internetseiten mit kinderpornografischen Inhalten vorsieht. Was ist der Hintergrund für diesen Sinneswandel?

Die Ausgangslage hat sich verändert: Die abgeschlossenen Verträge zwischen BKA und den Internetprovidern, die wir mit dem Gesetz zugunsten der Internetuser zähmen wollten, liegen faktisch auf Eis. Ohne sie gibt es aber keinen Schutzbedarf mehr. Gleichzeitig müssen wir erkennen, dass viele Menschen das Gesetz aus nachvollziehbaren Gründen als Bedrohung empfinden. Daraus haben wir unsere Konsequenzen gezogen.

Zudem haben wir momentan einen rechtlichen und politischen Schwebezustand, der nicht hinnehmbar ist. Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag hat man sich darauf verständigt, die Löschung solcher Seiten anzustreben und ein Jahr lang nicht auf Grundlage des Zugangserschwerungsgesetzes zu sperren, bevor dann die weiteren Schritte offen geprüft werden sollen. Ein Gesetz darf aber nicht auf Zuruf ignoriert werden. Der rechtstaatlich saubere Weg kann einzig und allein in der Aufhebung des Gesetzes liegen.

Vor der Bundestagswahl hat die SPD genau dieses Gesetz mit beschlossen. Macht man sich nun nicht unglaubwürdig?

Wir vollziehen an einem entscheidenden Punkt ganz bewusst eine notwendige Kurskorrektur. Ich kann verstehen, dass viele dies kritisch sehen werden. Schließlich kommt meist nur rüber: vorher waren sie für die Sperren, jetzt dagegen. Warum, spielt oft keine Rolle. Man muss aber auch die Möglichkeit haben, sich zu korrigieren, wenn sich die Rahmenbedingungen und Einschätzungen wie dargelegt verändert haben. Und schließlich sind wir nicht mehr in einer Koalition, die Kompromisse erfordert.

Mit welcher Motivation hat die SPD seinerzeit zugestimmt?

Unser oberstes Ziel war stets die Sicherung von Effektivität und Rechtstaatlichkeit bei der Bekämpfung kinderpornografischer Inhalte.

Dabei haben wir in mehreren Resolutionen der Bundestagsfraktion konkrete Vorschläge gemacht, wie der Kampf gegen Kinderpornografie effektiver als heute geführt werden kann. Beispielsweise durch mehr Personal für die Polizei sowie eine bessere internationale Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden.

Hauptmotivation der SPD für die Zustimmung zum

Gesetz war nicht die Einführung einer Sperrinfrastruktur sondern deren Kontrolle und Begrenzung. Wir wollten verhindern, dass die bereits abgeschlossenen Verträge zwischen dem BKA und dem Großteil der deutschen Internetprovider zum Tragen kommen, die keinerlei Schutzvorschriften enthalten.

Nur durch eine gesetzliche Regelung konnten wir umfangreiche Datenschutzvorschriften für die Internetuser, eine strenge Kontrolle der vorgesehenen BKA-Sperrliste sowie das Prinzip „Löschen vor Sperren" wirksam absichern. Wir haben das Gesetz befristet und explizit die Ausdehnung der Sperren auf andere Zwecke und Inhalte ausgeschlossen.

Wie geht es nun mit den Verträgen weiter?

Zumindest rechtlich ist das durchaus noch eine offene Frage. Die SPD-Bundestagsfraktion hat stets darauf hingewiesen, dass diese Verträge, die auf die Initiative der damaligen Familienministerin von der Leyen zurück gehen, rechtstaatlichen Anforderungen nicht genügen. Aber rechtskräftige Urteile hierzu können nur die Gerichte fällen, was oft Jahre dauert. Dieses Risiko erschien uns damals gemessen an der Gefahr einer unbegrenzten Ausdehnung der Sperren zu hoch.

Derzeit ist noch ein Rechtsstreit vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden anhängig, um diese Frage zu klären. Im Augenblick ruht das Verfahren, kann aber durch bloßen Antrag einer der Prozessparteien wieder in Gang gesetzt werden. Deshalb fordern wir auch eine Aufhebung der Verträge, um so schnell wie möglich endgültige Klarheit für alle Beteiligten zu schaffen. Es muss zudem verhindert werden, dass die aufgrund der Verträge bereits aufgebaute Infrastruktur für andere Zwecke genutzt werden kann, wenn es das Gesetz nicht mehr gibt.

Welche Fehler hat die SPD gemacht?

Aus heutiger Sicht hätten wir offensiver gegen die Verträge vorgehen sollen, die vom unionsgeführten Innenministerium bzw. dem BKA abgeschlossenen wurden. Ohne Verträge hätte es das Gesetz gar nicht gegeben. Allerdings waren wir damals in einer Koalition mit der Union und in einer politisch schlechten Ausgangslage. Familienministerin von der Leyen hatte es in der öffentlichen Meinung geschafft, das emotionale Thema Bekämpfung der Kinderpornografie mit den Sperren zu verknüpfen. Eine prinzipielle Ablehnung erschien uns damals nicht vermittelbar.

Auf der anderen Seite haben auch wir zu Beginn der Debatte um Internetsperren unterschätzt, wie emotional das Thema für viele Internetuser besetzt ist und welche Ängste es weckt. Selbst die Initiatoren der Online-Petition waren ja überrascht, dass über 130.000 Menschen sie gezeichnet haben.

Allerdings haben wir das dann im Laufe des Verfahrens erkannt und versucht, die berechtigten und von uns geteilten Bedenken gegen eine unkontrollierte Sperrinfrastruktur möglichst weitgehend umzusetzen. Nicht vergessen: Als Fraktion kamen wir leider erst ins Spiel, als die Verträge zwischen BKA und Providern bereits in trockenen Tüchern waren und das unionsgeführte Wirtschaftsministerium einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, an dem wir uns dann abarbeiten mussten.

Ein Vorwurf gegen die SPD lautet, sie habe sich zu wenig mit den Kritikern auseinandergesetzt.

Es war aber anders. Das wurde aber kaum öffentlich, weil die meisten Gespräche vertraulich waren. Wir wollten sogar den Chaos Computer Club zur offiziellen Bundestagsanhörung einladen, was aber leider an der Union gescheitert ist.

Als zuständiger Berichterstatter für das Gesetz habe ich mich während des ganzen Gesetzgebungsverfahrens intensiv mit anerkannten Experten und Kritikern aus der Netzcommunity ausgetauscht. Mit einigen von ihnen habe ich mich persönlich getroffen, sei es in Berlin oder in meinem Kölner Wahlkreisbüro.

Beispielsweise habe ich mehrfach mit der Mitinitiatorin der Online-Petition Franziska Heine telefoniert und sie sogar sehr offen über die jeweiligen Zwischenstände der Verhandlungen mit der Union informiert. Ich wollte unsere Motivation und Entscheidungsfindung transparent machen, aber zugleich auch von denen lernen, die sich besonders intensiv mit dem Netz auseinandersetzen. Aus einem der Treffen resultierte dann unsere Forderung, in das Gesetz den Grundsatz „Löschen vor Sperren" aufzunehmen. Wobei ich weiß, dass dies noch etwas anderes ist als die weitergehende Forderung „Löschen statt Sperren".

Ein Vertreter des AK Zensur hat mir bei einem mitternächtlichen Telefonat einmal gesagt: „Herr Dörmann, sie können das Gesetz so gut machen, wie sie wollen, wir werden trotzdem dagegen sein." Das kann ich durchaus nachvollziehen, weil es für viele eben eine ganz prinzipielle Frage war. Leider gab es insgesamt eine starke Schwarz-Weiß-Debatte, in der unsere sehr differenzierte aber auch recht komplizierte Argumentation kaum aufgegriffen wurde.

Der Hauptvorwurf war stets, dass Internetsperren wirkungslos sind.

Ich habe in meinen Debattenbeiträgen im Bundestag betont, dass wir wissen, dass die Sperren technisch ohne großen Aufwand zu umgehen sind. Insofern ist klar, dass sie im Vergleich zu vielen anderen Instrumenten nur einen relativ geringen Beitrag zur Bekämpfung kinderpornografischer Inhalte im Internet leisten können. Deshalb sagen wir ja: Löschen ist der richtige, weil effizientere Weg.

Um ein ganzes Bild zu zeichnen, will ich aber auch darauf hinweisen, dass die anerkannte Expertin in Sachen Kinderpornografie im Internet, Frau Dr.

Kuhnen, als Sachverständige in der Bundestagsanhörung ausgeführt hat, dass schon eine gewisse psychologische Wirkung davon ausgehen kann. Nämlich bezogen auf diejenigen, die sich in einem Schwellenbereich befinden und von gesellschaftlichen Signalen durchaus noch erreicht werden können. Ich finde, das Argument der höheren Hemmschwelle kann man auch nicht so einfach vom Tisch wischen. Das war der Grund, warum wir Sperren für vertretbar gehalten haben, wenn das Löschen nicht durchsetzbar ist.

Viele Menschen haben darin aber eine generelle Sanktionierung von Sperren gesehen, so dass hierdurch allgemeine Ängste vor einem Überwachungsstaat verstärkt wurden. Politik sollte das nicht einfach ignorieren. Aus diesem Grund und mit heutiger Erfahrung gewichten wir das Argument anders als damals.

Frau von der Leyen hat aus Motiven der persönlichen Wahlkampfprofilierung den Eindruck erweckt, in Sperren liege ein Königsweg und damit erst Recht bei vielen Kundigen Widerstand provoziert. Das war nie die Position der SPD, aber letztlich wurden wir mit in einen Topf geworfen.

Die SPD hat durch ihre seinerzeitige Zustimmung zum Zugangserschwerungsgesetz viel Vertrauen in der sogenannten Netzcommunity verloren. Wie soll es nun weitergehen?

Mir ist sehr bewusst, dass wir gerade bei jungen Menschen einiges tun müssen, um neues Vertrauen aufzubauen. Auch deshalb wird Netzpolitik ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit sein.

Wir dürfen nicht zulassen, dass sich womöglich größere Teile einer Generation dauerhaft von der Politik abwenden. Wir sind bereit zuzuhören, müssen noch sensibler werden für diejenigen, die das Internet als einen selbstverständlichen Lebensraum empfinden. Denn das Internet prägt das soziale und kulturelle Bewusstsein von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb ist es übrigens notwendig, die Debatte wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Netzpolitisch haben alle Parteien großen Nachholbedarf. Wir hinken manchen Entwicklungen bislang hinterher. Aber Politik ist ein lernender Prozess. Und klar, auch die SPD kann und muss dabei besser werden. Da beziehe ich mich selbst ausdrücklich mit ein.

Wir brauchen einen umfassenden Ansatz von Netzpolitik, der nicht in Symbolen stecken bleibt und der gesellschaftlichen Dimension des Internets in vollem Umfang gerecht wird. Wir müssen die Chancen des Internets schützen und entwickeln, ohne den Anspruch des Rechts in Frage zu stellen.

SPD für Änderung des ZDF-Staatsvertrages – notfalls Verfassungsklage

Von Martin Dörmann, medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Bei der Entscheidung des ZDF-Verwaltungsrates, den langjährigen Chefredakteur Nikolaus Brender nicht wiederzuwählen, handelt es sich um einen gravierenden Vorgang, der einen schweren Schaden für den unabhängigen Journalismus und die Rundfunkfreiheit bedeutet. Nach weitgehend übereinstimmender Einschätzung in den Medien hat die unionsorientierte Seite des Verwaltungsrates, organisiert vom Ministerpräsidenten Roland Koch, die erforderliche qualifizierte Mehrheit aus rein parteipolitischen Gründen verweigert.

Die SPD hatte den Vorschlag für die erneute Berufung von Nikolaus Brender unabhängig von dessen politischer Zuordnung unterstützt und eindringlich an die Mitglieder des ZDF-Verwaltungsrat appelliert, sich nicht für eine Verletzung der im Grundgesetz garantierten Rundfunkfreiheit zur Verfügung zu stellen. Diesem Apell sind die unionsorientierten Mitglieder des Verwaltungsrates mehrheitlich leider nicht gefolgt.

Der Vorsitzende des ZDF-Verwaltungsrates, Ministerpräsident Kurt Beck, hat deutlich gemacht, dass in der Sitzung kein stichhaltiges Argument vorgetragen worden sei, das dem qualifizierten Vorschlag des Intendanten entgegengestanden hätte. Die SPD-Bundestagsfraktion hat diese Entscheidung des ZDF-Verwaltungsrates in aller Deutlichkeit kritisiert und darauf hingewiesen, dass damit in der Angelegenheit Brender ein parteipolitisch motiviertes Agieren der Unionsvertreter zum Ausdruck gekommen ist, das die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Garantie der Staatsferne grundsätzlich infrage stellt. Dieses Vorgehen der Union beschädigt nicht nur das ZDF, sondern bringt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk insgesamt in eine schwierige Lage.

Die SPD in Bund und in den Ländern hat von Anfang an deutlich gemacht, dass der Vorgang Konsequenzen haben muss und wir hierüber sorgfältig beraten werden, auch mit den Betroffenen aus den Ländern und dem ZDF. Dabei kommen aus Sicht der SPD sowohl rechtliche Schritte als auch Änderungen im ZDF-Staatsvertrag in Betracht.

Mit ihrer Initiative vom 04. Dezember 2009 haben Kurt Beck und vier weitere SPD-Länderchefs konkrete Änderungsvorschläge zum ZDF-Staatsvertrag vorgelegt. Diese Vorschläge werden von der SPD unterstützt und in den Medien sowie seitens zahlreicher Staats- und Verfassungsrechtler begrüßt.

Nach weitgehend übereinstimmender Meinung von Medienvertretern und Journalistenverbänden sowie unter Staatsrechtlern leidet der derzeitige ZDF-Staatsvertrag unter schwerwiegenden Mängeln, die das sachlich nicht begründete Vorgehen der Union in Sachen Brender erst möglich gemacht

haben. Ziel muss es sein, durch Änderungen an der Zusammensetzung des Fernsehrates sowie des Verwaltungsrates die Staatsferne des ZDF zu gewährleisten und zugleich sicher zu stellen, dass ein Personalvorschlag des Intendanten nicht aus sachfremden Erwägungen heraus abgelehnt werden kann. Beide Gesichtspunkte werden durch die von Kurt Beck vorgeschlagenen Änderungen aufgegriffen.

Vom Verfahren her ist es – nicht zuletzt auch mit Blick auf das ZDF und die dort tätigen Journalistinnen und Journalisten – richtig, zunächst den Weg einer Änderung des Staatsvertrages zu gehen, bevor über einen möglichen Gang nach Karlsruhe entschieden wird. Wenn alle Länder mitziehen, kann eine Vertragsänderung deutlich schneller zum Ziel und zu Rechtssicherheit führen, als ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, das dann auch erst noch umgesetzt werden muss.

Ministerpräsident Kurt Beck wird die Änderungsvorschläge zum ZDF-Staatsvertrag nun in die Rundfunkkommission der Länder einbringen und auf die Tagesordnung der Sitzung am 15. Februar 2010 setzen. Dieser Vorstoß ist die beste und schnellste politische Initiative zur gebotenen Veränderung des Staatsvertrags. Der Vertrag kann bei konstruktiven Verhandlungen auf diesem Weg bereits im nächsten Jahr geändert werden.

Um den politischen Veränderungswillen der SPD zu unterstreichen und für den Fall, dass die politische Initiative von Ministerpräsident Kurt Beck auf der Sitzung der Rundfunkkommission der Länder im Februar von der CDU zurückgewiesen wird, werden Vorarbeiten für ein Normenkontrollverfahren bereits jetzt eingeleitet. Sollte sich die Union also einer substanziellen Änderung des ZDF-Staatsvertrages verschließen, wird die SPD-Bundestagsfraktion die Initiative ergreifen, um den ZDF-Staatsvertrag im Wege der abstrakten Normenkontrolle auf seine Vereinbarkeit mit Art 5 Abs. 1 Satz 2 GG vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen.

Ziel aller Beteiligten muss es sein, zukünftig in vergleichbaren Fällen eine sachlich nicht begründete Entscheidung gegenüber einem inhaltlich nicht zu beanstandenden Personalvorschlag des ZDF-Intendanten auszuschließen und die Unabhängigkeit des ZDF auf eine rechtlich solide Grundlage zu stellen.

Pakt für Studienqualität und gute Lehre

SPD entwirft Konzept für bessere Studienbedingungen

Am 17. Dezember hat der Deutsche Bundestag den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Pakt für Studienqualität und gute Lehre" (Drs. 17/109) eingebracht.

Zur Sicherung der Leistungsfähigkeit und Offenheit unserer Hochschulen müssen Bund und Länder besser zusammenarbeiten. Weder der Bund, der mit der Neugestaltung des Rahmenrechts den Bologna-Prozess begonnen hat, noch die Länder und Hochschulen, die den Prozess seitdem maßgeblich gestalten, dürfen sich aus ihrer Verantwortung stehlen. Die Studierenden haben das Schwarze-Peter-Spiel mit gegenseitigen Schuldvorwürfen zwischen der Hochschulrektorenkonferenz, dem Bund und den Ländern satt. Deshalb fordern wir, dass Bund und Länder in Verhandlungen zu einem „Pakt für Studienqualität und gute Lehre" zusammenkommen.

Folgendes soll der Pakt beinhalten:
Bund und Länder sollen für bessere Studienbedingungen und gute Lehre in den neuen Bachelor/Master-Studiengängen in einem ersten Schritt mindestens drei Milliarden Euro zusätzlich für drei Jahre zur Verfügung stellen, so wie es Hochschulrektorenkonferenz und Wissenschaftsrat mehrfach angemahnt haben.

Außerdem wollen wir ein höheres BAföG für mehr Studierende sowie Schülerinnen und Schüler erreichen. Dabei sind folgende Anforderungen zu berücksichtigen: die Erhöhung der Altersgrenzen und der Einkommensfreibeträge, die Einbeziehung berufsbegleitender Studiengänge und die Ausweitung der elternabhängigen Schülerförderung auf zu Hause wohnende Oberstufenschülerinnen und -schüler.

Es muss eine Personaloffensive erfolgen, die zusätzliches Lehrpersonal bei Professoren, Juniorprofessuren und vor allem im Mittelbau ermöglicht. Ein gemeinsamer Wettbewerb „Gute Lehre" soll die vorbildliche Verbindung von guten Ausbildungs- und Wissensvermittlungsleistungen mit dem gesellschaftlichen Bildungsauftrag an Hochschulen prämieren. Studienberatung und -betreuung müssen deutlich ausgebaut und auf die Bedürfnisse der Studierenden ausgerichtet werden. Ein dialogorientiertes Zulassungsverfahren muss zügig umgesetzt und dabei die Teilnahme aller Hochschulen mit allen Studiengängen sowie die Entlastung der Studierenden gesichert werden.

Zudem wollen wir erreichen, dass das sozial ungerechte Stipendienmodell von Schwarz-Gelb gestoppt wird. Dies will Schavan übrigens dadurch durchsetzen, dass sie die Zustimmung der SPD-Länder zu ihrem Stipendienmodell zur Bedingung für eine BAföG-Erhöhung macht. Das zeigt deutlich, ihr geht es nicht um die Anliegen der Studierenden, die von ihr angekündigte BAföG-Erhöhung ist schlichte Verhandlungsmasse.

Wirtschaftsexperten verreißen „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“

Mit dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz geht die Regierung ein unverantwortliches finanzpolitisches Abenteuer ein. Durch das Gesetz droht keine Förderung, sondern eine Hemmung des Wachstums. Es befriedigt Klientelwünsche, führt neue Subventionen und Privilegien ein.

Dieses Geschäft geht direkt zu Lasten der Investitionen in Bildung und Forschung und zu Lasten unserer Kinder und Enkel, die schlechtere Kindergärten und Schulen, dafür aber mehr Schulden und Zinsen bekommen.

SPD bietet Pakt der wirtschaftlichen Vernunft an

Die SPD fordert Angela Merkel auf, zur Vernunft zu kommen und auf unsinnige Klientelgeschenke zu verzichten. Stattdessen bieten die SPD einen Pakt der wirtschaftlichen Vernunft an, um die erforderlichen Zukunftsinvestitionen in Deutschland zu mobilisieren. Die SPD will, dass der Bund jedes Jahr 10 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Forschung investiert und dabei den Ländern bei ihren Aufgaben entgegen kommt.

Was nützt es, wenn die Bundesregierung ihren Teil am 10-Prozent-Ziel gerade so erreicht, aber den Ländern den Boden unter den Füßen wegzieht? Die SPD steht, wo es um die Zukunft Deutschlands geht, für die gesamtstaatliche Verantwortung und für die Partnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen.

Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung

Es ist klar: Das einzige, was sich durch dieses Gesetz beschleunigen wird, ist das Wachstum des Schuldenberges. Auch nach Einschätzung der Sachverständigen bei der Anhörung des Finanzausschusses verfehlt das Gesetz das Ziel der Wachstumsstärkung. Die Hauptkritik insbesondere der Wirtschaftswissenschaftler richtet sich gegen die Absicht von Schwarz-Gelb, trotz des enormen Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte umfangreiche Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung durchzusetzen.

Raubzug auf Kosten der Zukunft

Der Sachverständigenrat stellt fest, dass sich Steuersenkungen selbst unter günstigsten Bedingungen nur zu einem geringen Anteil selbst finanzieren. Vor allem die kommunalen Spitzenverbände warnen deshalb davor, dass die durch Schwarz-Gelb verursachten Steuerausfälle, die bereits angespannte Einnahmebasis des Staates zusätzlich schwächen. Länder und Kommunen haben deshalb keine andere Wahl, als die Steuerausfälle durch Kürzung der Ausgaben für Investitionen, Bildung und die soziale Daseinsvorsorge zu kompensieren. Gerade eine Ausweitung und Verstetigung der öffentlichen Investitionen und der Bildungsausgaben sind aber die Grundlage für eine positive Wirtschaftsentwicklung.

Keine gerechte Familienförderung

Die geplante Anhebung der Freibeträge für Kinder und des Kindergelds entspricht nach einhelliger Expertenmeinung weder den Anforderungen einer gerechten Familienförderung noch denen einer effektiven Wachstumsförderung. Dies liegt daran, dass von der deutlichen Anhebung der Freibeträge vor allem Besserverdienende profitieren. Aber auch die Erhöhung des Kindergelds erreicht nicht alle Familien. Um den Familien zu helfen, die dies am dringendsten brauchen, wäre deshalb eine Erhöhung der Kinderregelsätze in der Sozialhilfe erforderlich. Dies wäre auch ein effektiver Wachstumsbeitrag, da diese Familien das zusätzliche Einkommen nicht sparen, sondern vollständig konsumieren würden.

Reine Klientelbedienung

Die Absenkung der Umsatzsteuer für Übernachtungsleistungen in Hotels wird keinerlei positive Wachstumswirkungen haben. Nach aller Erfahrung kann von einer Weitergabe der Steuerermäßigung an die Kunden und Beschäftigten nicht ausgegangen werden. Die Einführung dieser neuen Subvention birgt deshalb das Risiko hoher zusätzlicher Steuerausfälle.

Wirtschaftlich verfehlt betreibt die schwarz-gelbe Regierung Klientelpolitik und treibt die Staatsverschuldung weiter in die Höhe

Steuergestaltungsmöglichkeiten erweitert

Bei den Änderungen der Unternehmensbesteuerung geht es Schwarz-Gelb nicht um die Beseitigung krisenverschärfender Regelungen, sondern um die Rücknahme wichtiger Gegenfinanzierungsmaßnahmen für die Entlastungen bei der Unternehmensteuerreform 2008. Die Aufweichungen bei der Zinsschranke, bei der Verlustverrechnungsbeschränkung und bei der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen vergrößern die Spielräume für missbräuchliche Steuergestaltungen und erleichtern erneut Gewinnverlagerungen ins Ausland.

Bestand der Erbschaftsteuer gefährdet
Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen der Regelungen zur Unternehmensnachfolge bei der Erbschaftsteuer werfen erhebliche verfassungsrechtliche Probleme auf. Danach geht die vorgesehene Verkürzung der Behaltens- und Lohnsummenfristen für das Betriebsvermögen so weit, dass die Anforderungen einer am Gemeinwohl orientierten und damit sachgerechten Privilegierung nicht mehr erfüllt sind. Die schwarz-gelbe Bundesregierung gefährdet damit durch die verfassungswidrige Überprivilegierung des Betriebsvermögens den Bestand des Erbschaftsteuergesetzes.

Widerstand in den Ländern und Gemeinden
Auch die Länder und Gemeinden haben ihre Probleme mit dem Gesetzentwurf, der sie mit hohen Steuerausfällen bedroht (ab 2010 für die Länder mind. 2,5 Milliarden Euro, für die Kommunen mind. 1,1 Milliarden Euro jährlich, ab 2011 für die Länder mind. 10,1 Milliarden Euro, für die Kommunen mind. 6 Milliarden Euro jährlich). Damit macht Schwarz-Gelb eindeutig kommunalfeindliche Politik. Die Kommunen können so nicht mehr zuverlässig ihre Aufgaben wie die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, den Ausbau der Kinderbetreuung, Bildung, Integration und eine gute Infrastruktur bewältigen. Das Gesetz soll am 18. Dezember im Bundesrat beraten werden. Wir unterstützen Rheinland-Pfalz und jedes andere Land, das den Etikettenschwindel des schwarz-gelben Gesetzes im Bundesrat verhindern will.

Änderungsantrag zur Verlängerung der Altersteilzeit
In einem Änderungsantrag zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz forderte die SPD-Bundestagsfraktion die Regierung auf, die Förderung der Altersteilzeit über den 31. Dezember 2009 hinaus weiterzuführen. CDU/CSU und FDP haben es abgelehnt, dafür zu sorgen, dass jungen Arbeitnehmern über diese Beschäftigungsbrücke eine Perspektive ermöglicht wird. Nach dem von der SPD eingebrachten Gesetzentwurf soll die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit um fünf Jahre bis 2014 verlängert werden. Ältere Arbeitnehmer können auf dieser Rechtsgrundlage ab dem 55. Lebensjahr ihre Arbeitszeit mindern. Die Förderung ist an die Bedingung geknüpft, dass Unternehmen gleichzeitig Jüngeren den Einstieg ins Berufsleben ermöglichen. Während Union und FDP die öffentlichen Haushalte mit Milliardensummen für gut verdienende Klientel-gruppen belasten, haben sie keine Antwort auf die Probleme von Älteren und Jüngeren auf dem Arbeitsmarkt. Fachwissen und Erfahrung gehen verloren und junge Menschen beginnen ihr Berufsleben mit Arbeitslosigkeit.

"Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird alles Mögliche beschleunigt, aber kein Wachstum."

Wolfgang Franz, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Dessen jüngstes Gutachten steht passenderweise unter dem Titel: „Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen".

FDP blockiert Mindestlohn

Schwarz-gelb befördert Dumpinglöhne

Immer mehr Beschäftigte in der Abfall- und Entsorgungswirtschaft sind auf ergänzende Grundsicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit angewiesen. Dadurch werden Dumpinglöhne von Unternehmen mit Steuermitteln aufgestockt, wofür die Allgemeinheit aufkommen muss. Aber auch die Würde der Arbeit geht verloren, da viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in dieser Branche trotz harter Arbeit nicht genug verdienen um ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite sind sich einig, dass der ruinöse Dumpingwettbewerb in der Abfall- und Entsorgungswirtschaft durch eine Mindestlohnregelung beendet werden soll. Für rund 160 000 Beschäftigte, die zum Teil nur zwischen vier und sechs Euro brutto pro Stunde erhalten, könnte sich etwas ändern.

Ungeachtet dieser Umstände hat Wirtschaftsminister Brüderle (FDP) ein Veto dagegen eingelegt. Die SPD hat in ihrer Regierungszeit die Voraussetzungen geschaffen, dass es in allen Wirtschaftsbranchen Mindestlöhne geben kann. Durch sozialdemokratische Politik können so bereits über drei Millionen Menschen von Mindestlöhnen profitieren.

CDU/CSU und allen voran die Bundeskanzlerin sind hilflos und nicht in der Lage, klare Entscheidungen zu treffen. Jetzt zeigt sich, was ihre Ankündigungen wert sind, die Arbeitnehmer hätten von Schwarz-Gelb nichts Schlimmes zu befürchten. Schwarz-Gelb befördert einen Dumpingwettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten und ihrer Unternehmen. Das ist das Gegenteil von Sozialer Marktwirtschaft. Das ist nicht nur unsozial, es ist auch ökonomisch kontraproduktiv. Denn gerade in der Krise braucht unser Land die Stärkung der Kaufkraft und der Binnennachfrage. Unser Land braucht Wettbewerb, der sich über Qualität und gute Arbeitsorganisation entscheidet, nicht über die niedrigsten Löhne und schlechtesten Arbeitsbedingungen. Die FDP betreibt Klientelpolitik zu Lasten hunderttausender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Schwarz-gelber Umbau der Jobcenter verantwortungslos

Unnötige Erschwerung der Arbeitsvermittlung

Schwarz-Gelb möchte die bewährte gemeinsame Betreuung von Langzeitarbeitslosen durch Bund, Städte und Gemeinden aufgeben und auf getrennte Aufgabenwahrnehmung umstellen. Das heißt, die ARGEN und Optionskommunen müssen Ende 2010 aufgelöst werden. Für derzeit 6,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger bedeutet das, sie müssen zu zwei Behörden gehen, müssen zweimal Anträge stellen, ihre Akten müssen zweimal geprüft werden und sie bekommen zwei Bescheide.

Hintergrund für die Entscheidung ist, dass das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Kommunen und Bund für verfassungswidrig erklärt hat. Die Frist, die das Bundesverfassungsgericht gesetzt hat, endet am 31. Dezember 2010. Dann haben ARGEN und Optionskommunen keine Rechtsgrundlage mehr. Da sich diese Strukturen aber als intakt und arbeitsfähig erwiesen haben, sollte eine Möglichkeit gefunden werden, mit einer Grundgesetzänderung die Modelle zu erhalten. Die Fraktion hat dazu zwei Gesetzentwürfe eingebracht (Drs. 17/181, 17/182). Die Gesetzentwürfe basieren auf dem noch von Olaf Scholz mit den Ländern ausgehandelten Vorschlag.

Alle 16 Ministerpräsidenten der Länder hatten im März diesem Vorschlag zugestimmt, ebenso das CDU-Präsidium. Wer nicht zustimmte, war die CDU/CSU-Fraktion. Damit scheiterte eine vernünftige Lösung in einer für den Arbeitsmarkt schwierigen Zeit. Die neue schwarz-gelbe Regierung widersteht nun auch wieder einer vernünftigen Lösung und strebt einen Weg an, der die Arbeitsvermittlung auf unverantwortliche Weise erschwert. Sie setzen auf getrennte Aufgabenwahrnehmung. Dadurch würde eine extrem umständliche Verwaltungsstruktur aufgebaut, die unnötig Arbeitsaufwand und Mehrkosten für den Bund von jährlich 450 Millionen Euro und für die kommunalen Träger von 350 Millionen Euro verursacht. Diese zusätzlichen 800 Millionen Euro kommen nicht bei den betroffenen Hilfeempfängern an, sondern würden allein für mehr Bürokratie aufgewendet. Die Betreuung für Langzeitarbeitslose würde umständlicher und schlechter.

Die Bundesländer haben sich auf der letzten Arbeits- und Sozialministerkonferenz mit einem eindeutigen Votum für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen, die die Einrichtung von Zentren für Arbeit und Grundsicherung auf eine grundgesetzlich feste Grundlage stellt. Die Bundesregierung täte gut daran, auf die Länder zu hören.

Gemeinsame Aufgabenwahrnehmung für Arbeitsuchende

Mit den Gesetzentwürfen werden die Voraussetzungen geschaffen, damit für die Träger Bundesagentur für Arbeit und Kommunen auch künftig die Aufgaben gemeinsam wahrnehmen können. Dazu werden so genannte „Zentren für Arbeit und Grundsicherung" als Anstalten des öffentlichen Rechts errichtet, in denen die Träger ihre Kompetenzen bündeln und die Hilfen einheitlich erbringen. Die Bundesagentur für Arbeit und die kommunalen Träger bleiben für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben verantwortlich. Durch klare Aufsichtsstrukturen ist Transparenz für den Bürger und die Möglichkeit der Zuordnung der Verantwortung für die einzelnen Leistungen gegeben. Der Entwurf baut damit auf den Erfahrungen der Zusammenarbeit auf und entwickelt diese im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts weiter.

Diese Lösung bietet sowohl den Arbeitsuchenden als auch den Beschäftigten verlässliche Strukturen, den geringsten Grad an Bürokratie und letztlich deutlich weniger Kosten als der Vorschlag der Bundesregierung.

SPD: Zuschläge für Sonntags- und Nachtarbeit steuerfrei lassen

Am 18. Dezember hat der Deutsche Bundestag den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags,- Feiertags- und Nachtarbeit erhalten" (17/244) beraten. Darin fordern wir die Bundesregierung auf, auf ungedeckte Steuersenkungen zu verzichten und eine eindeutige Zusicherung zu geben, dass die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit erhalten bleibt.

In einer Debatte in Wissenschaft und Öffentlichkeit über steuerliche Subventionen wird unter anderem auch die Streichung der Steuerfreiheit der Sonn- und Feiertags- sowie der Nachtzuschläge diskutiert. Eine solche Forderung richtet sich vor allem gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter erschwerten Bedingungen Schicht- und Wochenendarbeit leisten müssen. Eine Streichung der Steuerfreiheit der Zuschläge hätte für weite Teile der Beschäftigten empfindliche Einkommenseinbußen von über 2 Milliarden Euro zur Folge. Besondere Brisanz erhält diese Forderung durch die derzeitige Steuerpolitik der neuen Koalition. In der Vergangenheit haben sich CDU, CSU und FDP für die Streichung der Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge ausgesprochen. Durch die von der neuen Koalition auf den Weg gebrachten oder angekündigten Steuersenkungen zugunsten von Spitzenverdienern, Unternehmen und vermögenden Erben wird der ohnehin vorhandene enorme Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte noch weiter gesteigert. Dies erhöht den Druck zu Einsparungen. Bei einer Streichung oder Einschränkung der Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit würden Schichtarbeiter, Krankenschwestern und Polizisten die Steuergeschenke für die Reichen bezahlen.

SPD fordert klares Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer

Beitrag der Finanzwirtschaft an der Krisenbewältigung erforderlich

Auch die Finanzwirtschaft muss endlich an den ungeheuren Lasten der Krise beteiligt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einer Aktuellen Stunde deshalb die Bundesregierung aufgefordert, ein klares Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer abzulegen und endlich zu handeln.

Mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent auf alle Finanztransaktionen könnte allein Deutschland nach Schätzungen zehn bis 20 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich einnehmen. Damit könnten die finanziellen Folgen der Finanzkrise gerechter verteilt werden und helfen künftige Spekulationsanreize auf den Finanzmärkten zu dämpfen.

Einen wichtigen Beitrag könnte die Bundeskanzlerin leisten, wenn sie ihren vollmundigen Ankündigungen auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh und in ihrer Regierungserklärung endlich Taten folgen lassen würde. Deshalb muss sie dafür sorgen, dass die FDP in Person von Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel die Finanztransaktionssteuer nicht verhindert. Bis zu einer international verbindlichen Finanztransaktionssteuer auf Ebene der G20-Staaten gilt es nun auf nationaler Ebene zu handeln und eine Börsenumsatzssteuer nach britischem Vorbild einzuführen. Die seit 1694 in Großbritannien bestehende „Stempelsteuer" beträgt 0,5 Prozent (Normalsatz) bis 1,5 Prozent (Sonderfälle) des Kurswertes auf Wertpapiergeschäfte an der Börse ab einem Umsatz von 1.000 Euro.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt außerordentlich, dass die Forderung für eine „Steuer gegen Armut" durch ein breites Bündnis aus Kirchen, Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen, Banken und Wissenschaft mittels einer Petition einen zusätzlichen Schub in Richtung internationale Armutsbekämpfung erhalten hat. Mit 50.000 Unterschriften wurde erreicht, dass eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss stattfindet. Diese große Unterstützung zeigt, dass viele Menschen eine Veränderung der Regeln auf den Finanzmärkten wollen. Es wird nicht mehr akzeptiert, dass milliardenschwere Boni an Investmentbanker ausgeschüttet werden und Renditewünsche von 25 Prozent immer noch die zentrale Handlungsmaxime vieler Banker sind.

Die Folgen der Krise sind weltweit sehr ungleich verteilt. Die meisten Entwicklungsländer können die daraus entstandenen Kosten nicht auffangen. Dies gefährdet den Zeitplan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Es ist nur vernünftig, die Länder zu unterstützen, die die Finanzkrise nicht verursacht haben und ihr am wenigsten entgegenzusetzen haben. Die SPD wird sich deshalb, unabhängig vom Ausgang der Petition im Bundestag, weiterhin für die Einführung der internationalen Finanztransaktionssteuer einsetzen.

Die SPD hat mehrfach - und zuletzt in ihrem Regierungsprogramm sowie auf dem Dresdener Parteitag - eine internationale Umsatzsteuer für den Handel mit spekulativen Finanzprodukten gefordert. Folgerichtig hatte der ehemalige Finanzminister Steinbrück das Anliegen als Teil der Finanzmarktregulierung auf dem G 20-Gipfel eingebracht.

Parlament untersucht Vorfall im Kundus

Am 16. Dezember 2009 hat sich der Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen in Kundus und der darauf folgenden Informationspolitik aus dem Verteidigungsausschuss heraus konstituiert. Vorsitzende ist Susanne Kastner. In der anschließenden Sitzung lagen bereits weit über 100 Beweisanträge vor. Davon hat die Regierung 28 Anträge zurückgestellt. Insgesamt sollen bislang rund 50 Zeugen befragt werden. Eine Reihenfolge, nach der sie geladen werden, hat der Untersuchungsausschuss nicht beschlossen.

Sollte in der kommenden Sitzung des Ausschusses in der Haushaltswoche im Januar keine Einigung erzielt werden, so greift das Reißverschlusssystem für die Zeugenladung. Dies bedeutet, dass der/die erste Zeuge/in von den Regierungsfraktionen benannt wird und der/die darauf folgende von der Opposition. Die Befragungen wichtiger Zeugen werden, wie von SPD und Grünen gefordert, öffentlich stattfinden. Nur wenn es um konkrete militärische Vorgänge geht, tagt der Untersuchungsausschuss nicht öffentlich. Die Arbeit des Untersuchungsausschuss wird wenigstens ein Jahr in Anspruch nehmen.

Bereits im Januar will die SPD, dass Verteidigungsminister Guttenberg und die Kanzlerin dem Ausschuss Rede und Antwort stehen. Und das möglichst noch vor der Afghanistan-Konferenz in London am 28. Januar. Auch sollen der von Guttenberg entlassene ehemalige Generalinspektor Wolfgang Schneiderhan sowie der ebenfalls von ihm geschasste ehemalige Staatssekretär Peter Wichert zu den Vorgängen am und nach dem 4. September, aber auch zu denen nach dem Amtsantritt von Guttenberg, befragt werden.

Außerdem will die SPD Ex-Verteidigungsminister Franz Josef Jung, der am 27. November auf Grund der Kundus-Vorgänge zurücktreten musste, und Oberst Georg Klein, der den Luftangriff am 4. September befohlen hatte, im Untersuchungsausschuss anhören. Zudem fordern SPD und Grünen, dass die Bundesregierung dem Parlament endlich einen eigenständigen Bericht über die Vorgänge um den Luftangriff bei Kundus vorlegt. Diesen ist die Kanzlerin trotz Ankündigung seit langem schuldig geblieben.

Afghanistanmandat ISAF verlängert

Ziviler Wiederaufbau muss Priorität haben

Der Deutsche Bundestag hat am 3. Dezember 2009 den Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) (Drs. 17/39, 17/111) in 2./3. Lesung mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD beschlossen. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag (Drs. 17/127) eingebracht.

Ein Rückzug aus Afghanistan zum jetzigen Zeitpunkt hätte fatale Folgen für die Menschen dort, aber auch für unsere Sicherheit hier in Deutschland. Ein stabiles Afghanistan liegt in unserem Interesse. Trotz vieler Fortschritte ist die afghanische Regierung noch nicht in der Lage, in allen Teilen des Landes für Sicherheit und Stabilität zu sorgen. Die Sicherheitslage hat sich zum Teil auch im Norden zuletzt verschlechtert. Die Fortsetzung des internationalen Engagements ist notwendig, um einen Rückfall Afghanistans in die Zeit des Bürgerkriegs und der Terrorherrschaft der Taliban zu verhindern.

Kein Weiter-so in Afghanistan

Der Antrag der Bundesregierung enthält inhaltlich keine maßgeblichen Veränderungen zur letzten Mandatsverlängerung im Herbst 2008. Für den Einsatz sind maximal 4.500 Soldaten vorgesehen. Die Kosten für den Einsatz sollen von derzeit 590 Millionen Euro auf 821 Millionen Euro steigen. Die SPD-Bundestagsfraktion will ein klares Ausstiegsszenario für unser Engagement in Afghanistan. In dieser Wahlperiode müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Deshalb darf es ein Weiter-so nicht geben. Dafür muss Deutschland seine Anstrengungen in den Kernbereichen Sicherheit, Wiederaufbau, gute Regierungsführung und Versöhnung bündeln und intensivieren. Für die Überführung der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände verlangt die SPD-Fraktion in ihrem Entschließungsantrag konkrete Vereinbarungen und Zieldaten. Dies muss Ende Januar in London mit der internationalen Gemeinschaft und der Karsai-Regierung auf der Afghanistan-Konferenz verhandelt werden. Und wir fordern von der Bundesregierung, dass sie dem Bundestag ihr Konzept für die Verhandlungen vor der Konferenz vorlegt.

Obama stellt Konzept vor - Kanzlerin schweigt

Es kann nicht sein, dass die Kanzlerin Parlament und Öffentlichkeit vor der Konferenz nicht darüber informieren will, mit welcher Perspektive für unser Engagement in Afghanistan sie zur Konferenz fährt. Und dies vor dem Hintergrund, dass US-Präsident Obama in seiner Rede in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch klare Signale ausgesendet hat. Er will eine Perspektive für die schrittweise Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung im politischen und militärischen Bereich. Bereits im Sommer 2011 soll abhängig von der Sicherheitslage der Rückzug der US-Streitkräfte beginnen, die zunächst um 30.000 Mann aufgestockt werden. Auch Deutschland wurde wie andere europäische Partner aufgefordert, die militärischen Beiträge sichtbar zu erhöhen. Außerdem will er den zivilen Aufbau des Landes verstärkt voran bringen. Nur die Kanzlerin schweigt. Erst nach der Afghanistan-Konferenz will sie die Position der Bundesregierung festlegen. Für die SPD steht fest, dass der zivile Wiederaufbau Priorität haben muss. Die Ausbildung der afghanischen Armee und Polizei hat strategische Bedeutung. Die Diskussion sollte nicht auf die Frage von Truppenstärken verengt werden.

Die Task-Force Afghanistan-Pakistan konstituiert sich am 18. Dezember 2009 unter der Leitung von Christoph Strässer und Johannes Pflug.

SPD stimmt gegen Fortsetzung von OEF

Kräfte der Bundeswehr sinnvoll konzentrieren

Die SPD-Bundestagsfraktion hat den Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung der deutschen Beteiligung an der Operation Enduring Freedom (OEF) am Horn von Afrika am 3. Dezember in 2./3. Lesung abgelehnt.

Schon 2008 hatte die Bundesrepublik nach einer Initiative des damaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier ihre Beteiligung an landgestützten OEF-Operationen beendet. Für unsere aktuelle Entscheidung sprechen verschiedene Gründe: Wurden im Jahr 2008 am Horn von Afrika noch fünf Einheiten eingesetzt, blieben im ersten Halbjahr 2009 rechnerisch noch 1,7 Einheiten übrig.

Zuletzt war die Bundesrepublik bis Oktober mit einem Seefernaufklärer beteiligt. Bis Dezember 2009 ist jetzt wieder eine Fregatte vor Ort im Einsatz. Immer häufiger gibt es außerdem Überschneidungen und kurzfristige „Umflaggungen" mit der Antipiraterie-Mission ATALANTA.

Für die SPD ist das Nebeneinander der beiden Missionen nicht sinnvoll. Deshalb sollte die Bundeswehr ihr Engagement im Rahmen von OEF einstellen und ihren Beitrag zu ATALANTA stärken. Außerdem plädieren wir dafür, in Afghanistan die Kräfte zu konzentrieren. Dafür wird die Ausgestaltung von ISAF von entscheidender Bedeutung sein. Die SPD ändert also mit ihrem Nein nicht unseren Kurs, sondern setzt ihn vielmehr konsequent fort.

Am 1. Dezember trat der Vertrag von Lissabon in Kraft

Mehr Rechte für das EU-Parlament und den Bundestag

Es war ein langer Weg, den die Europäische Union (EU) hin zu einer Modernisierung und Erneuerung ihrer Arbeitsstrukturen gehen musste. Doch mit der letzten Unterschrift unter den Vertrag durch Tschechiens Ministerpräsident **Vaclav Klaus** trat die Reform der EU am 1. Dezember in Kraft.

Mit dem Lissaboner Vertrag wird die EU nicht nur demokratischer, sondern auch transparenter und handlungsfähiger. Es beginnt nun also die Phase der Umsetzung und einer neuen europapolitischen Praxis. Die damit verbundenen Chancen ermöglichen es, ein bürgernahes, soziales und offenes Europa zu schaffen.

Europa bekommt eine „Telefonnummer"

Mit dem Inkrafttreten des Lissaboner Vertrages verfügt die Europäische Union nun auch über ein Gesicht nach außen und eine Vertretung nach innen. Erstmals erhält der Europäische Rat, das Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU, einen ständigen Präsidenten. Ebenfalls mit dem Vertrag neu geschaffen wird das Amt des Hohen Vertreters die Außen- und Sicherheitspolitik

Neue Kompetenzen für den Bundestag

Auch die Rolle des Deutschen Bundestages in der Europapolitik ändert sich mit dem Vertrag. Weiterhin gelten für die Rolle der Nationalen Parlamente die Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Erst wenn die Ziele der EU auf nationaler Ebene nicht ausreichend erfüllt werden können, greift die nächsthöhere Ebene, also die EU ein. Mit dem Vertrag von Lissabon werden die Rechte der nationalen Parlamente gestärkt. Bis zu sechs Wochen nachdem die Kommission ein Gesetzesvorschlag eingebracht hat, kann der Bundestag überprüfen, ob dieses Gesetz gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt und gegebenenfalls Klage einreichen. Wenn ein Drittel der nationalstaatlichen Parlamente dies ebenfalls tut, muss die Kommission ihren Gesetzesvorschlag überprüfen. Allerdings kann die Kommission die Einwände der nationalen Parlamente auch zurückweisen, muss dies in jedem Fall aber begründen.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) überwacht auch weiterhin die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips. Bislang konnten nur die Regierungen der Mitgliedstaaten sowie der Ausschuss der Regionen Klage erheben, mit dem Lissaboner Vertrag können nun auch die nationalen Parlamente selbst vor den EuGH ziehen.

Stärkere Rechte - Schwaches Personal

So sehr der Vertrag von Lissabon den Weg frei macht für eine stärkere EU, so wurden die neuen Chancen durch schwache Personalentscheidungen vertan.

Mit dem luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Juncker stand für das Amt des Präsidenten ein kompetenter und parteiübergreifend angesehener Kandidat bereit. Mit der Wahl des Belgiers **Herman von Rompuy** zum Präsidenten des Europäischen Rates übernimmt nun ein Mann mit wenig europapolitischer Erfahrung dieses Amt. Auch bei der Wahl der Hohen Beauftragten für Außen- und Sicherheitspolitik wurde mit der ehemaligen Handelskommissarin **Catherine Ashton** sicherlich eine qualifizierte Frau benannt, die als Sozialdemokratin den Proporz erfüllt.

Allerdings kann hinterfragt werden, ob gerade eine Kommissarin aus Großbritannien die Außenvertretung der EU übernehmen sollte. Großbritannien nimmt nicht an der Wirtschafts- und Währungsunion teil, hat bei der Grundrechtecharta eine Ausnahmeregelung und schert bei anderen Themen immer wieder aus. Immerhin hat sich Ashton auf ihrem bisherigen Posten als überzeugte Europäerin bewährt. Es wäre wünschenswert, dass sie diese Überzeugung in ihrer neuen Funktion auch für ihr Heimatland transportieren kann.

Die Rolle der Bundeskanzlerin bei dieser Personalentscheidung folgt ihrem üblichen Prinzip: Persönlicher Machterhalt statt Stärkung Europas. Schon Kommissionspräsident Barroso wurde von ihr 2004 durchgesetzt und hat sich bislang als überaus schwache Führungspersönlichkeit erwiesen. Auch die Benennung des europapolitisch unerfahrenen und unbeliebten Ministerpräsidenten Oettinger folgt dieser Logik. Das ist weder im europäischen, noch im deutschen Interesse.

Die Kandidaten für die neue EU-Kommission

Die nachfolgenden Kandidatinnen und Kandidaten wurden von Kommissionspräsident Barroso als Mitglieder der EU-Kommission vorgeschlagen. Alle Kommissionsanwärter müssen sich zunächst vom 11. bis 19. Januar öffentlichen Anhörungen im Europäischen Parlament stellen, bevor voraussichtlich Ende januar das Plenum seine Entscheidung trifft.

- Hohe Vertreterin für Außenbeziehungen: **Catherine Ashton**(GB)
- Justiz, Grundrechte, Bürgerschaft: **Viviane Reding**(LUX)
- Wettbewerb: **Joaquin Almunia**(ES)
- Verkehr: **Siim Kallas**(EST)
- Digitale Agenda: **Neelie Kroes**(NL)
- Industrie und Unternehmen: **Antonio Tajani**(IT)
- Interindustrielle Beziehungen und Verwaltung: **Maroš Šefčovič**(SK)
- Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration: **László Andor**(H)
- Binnenmarkt und Dienstleistungen: **Michel Barnier**(F)
- Landwirtschaft und ländliche Entwicklung: **Dacian Ciolos**(RO)
- Gesundheit und Verbraucherpolitik: **John Dalli**(M)
- Maritime Angelegenheiten und Fischerei: **Maria Damanaki**(GR)
- Handel: **Karel De Gucht**(BE)
- Erweiterung und Nachbarschaftspolitik: **Štefan Füle**(CZ)
- Forschung, Innovation und Wissenschaft: **Máire Geoghegan-Quinn**(IR)
- Regionalpolitik: **Johannes Hahn**(AU)
- Klimapolitik: **Connie Hedegaard**(DK)
- Internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion: **Rumiana Jeleva**(BG)
- Haushalt und Finanzplanung: **Janusz Lewandowski**(PL)
- Inneres: **Cecilia Malmström**(SW)
- Energie: **Günther Oettinger**(DE)
- Entwicklung: **Andris Piebalgs**(LV)
- Wirtschaft und Währung: **Olli Rehn**(FI)
- Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung: **Algirdas Šemeta**(LT)
- Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend: **Androulla Vassiliou**(CY)

SERIE: „SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE“

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten

Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind frühere Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite).

Vorgestellt: Gernot Erler

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Biografie

Geboren am 3. Mai 1944 in Meißen; verheiratet, eine Tochter.

Beruflicher Werdegang

Besuch des Gymnasiums in Berlin; Studium der Geschichte, der Slawischen Sprachen und der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau mit erfolgreichem Abschluss des Staatsexamen für das Lehramt 1967. Polyglott mit Englisch, Französisch und Russisch. Von 1968 bis 1969 als Verlagsredakteur tätig. Anschließend wissenschaftlicher Assistent am Seminar für osteuropäische Geschichte in Freiburg, von 1969 bis 1979. Danach von 1980 bis 1987 Verlagsleiter beim Dreisam-Verlag. Seit 1987 Mitglied des Bundestages.

Politischer Werdegang

Seit 1970 Mitglied der SPD.

1973-1977 Ortsvereinsvorsitzender Freiburg-Tiengen.

1976-1984 Ortschaftsrat in Freiburg-Tiengen.

1977-1987 SPD-Kreisverbandvorsitzender Freiburg.

1980-1987 Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen.

1983-1997 Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg.

1985-1997 Präsidium SPD-Landesverband Baden-Württemberg.

seit 1994 Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes.

1994-1998 Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

1998 Ehrung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande.

1998-2005 Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungspolitik, Menschenrechte).

2002-03/2006 Koordinator für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit.

11/2005-10/2009 Staatsminister im Auswärtigen Amt.

11/2007 Verleihung des höchsten bulgarischen Orden für Ausländer „Stara Planina“ und Ehrung durch die Universität für Weltwirtschaft in Sofia mit der Ehrendoktorwürde.

seit 10/2009 Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (für den Bereich Außenpolitik)

10 persönliche Fragen an Gernot Erler

1. Welche politischen Vorbilder hast Du?

Willy Brandt, Egon Bahr, Hans-Jochen Vogel.

2. Wen würdest Du gerne einmal treffen?

Kofi Annan.

3. Deine liebsten Urlaubsziele?

Bretagne, Irland, Südschweden.

4. Deine Leidenschaften?

Leider alle süßen Sachen!

5. Dein politisches Leitmotiv?

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alle nichts!

6. Dein Lieblingsfilm?

Alle von Jacques Tati, besonders "Die Ferien des Monsieur Hulot".

7. Deine Lieblingsmusik bzw. Lieblingssänger?

Arien von Cecilia Bartoli, Rolando Villazón, Anna Netrebko.

8. Wen oder was nimmst Du mit auf eine einsame Insel?

Meine Turnschuhe und genug badischen Wein.

9. Deine Lieblingsbücher?

Die gesammelten Werke von Alexander Puschkin.

10. Über wen lachst Du am liebsten?

Komiker und Kabarettisten, die ohne Schadenfreude auskommen.

INFOS

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2010

Die 3., 4., 6., 8., 9., 11., 12., 16., 18., 20., 23., 24., 26., 27., 37., 39., 40., 43., 45., 47., 48. und 50. KW sind Sitzungswochen. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

Aufgabenschwerpunkte von Martin Dörmann, MdB

Martin Dörmann ist seit 2002 direkt gewählter Abgeordneter für den **Bundestagswahlkreis 94 Köln I** (Stadtbezirke Porz und Kalk sowie die nördliche Innenstadt). Er reicht vom Fernsehturm „Colonius" über den Dom bis zum Flughafen.

Mitgliedschaften in Gremien

- Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Bundestagsausschuss für Kultur und Medien (stellv. Mitglied)
- Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Funktionen im Bundestag

- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie

Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion

- Medienpolitischer Sprecher
- Berichterstatter für Telekommunikation und Raumfahrt

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:
Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam
Stefan Stader (Büroleiter)
Dr. Marc Drögemöller
Anja Möbus

Öffnungszeiten
Sitzungswochen
Mo. – Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag. de

Mitarbeiterteam
Tim Cremer
Assen Kochev
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten
Di. – Fr.: 10 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02

Mitarbeiter
Marco Pagano

Öffnungszeiten
Mo. – Mi.: 9 bis 12 Uhr
Do. – Fr.: 14 bis 17 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin
Renate Dinkelbach

Öffnungszeiten
Mo. – Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 15 Uhr

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantw.),
Assen Kochev,
Anja Möbus

BILDNACHWEIS

Frank Risse (Seite 4), Marco Urban (Seiten 1, 12-16), Bundestag/Achim Melde (Seite 11), SPD-Bundestagsfraktion (Seiten 6,17), SPD-Parteivorstand (Seiten 3,17) Frank Ulbricht/PIXELIO (Seite 10).

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de
(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de